

Jürgen Schramm: Universitätsreform zwischen Liberalisierung und staatlichem Dirigismus. Ein Beitrag zur Theorie der Hochschulpolitik. Peter Lang, Frankfurt a.M./Berlin/Bruxelles/New York/Oxford/Wien 2002. 194 Seiten. ISBN 3-631-41688-1, €40,-

Das Buch setzt sich mit der deutschen Hochschulreformpolitik auseinander. Im Zentrum steht dabei jene in den 90er Jahren eingeleitete Phase, die der Autor als „Große Wissenschaftsreform“ bezeichnet. Die Arbeit gliedert sich in vier Teile: Im I. Abschnitt skizziert der Autor überwiegend anhand hochschulstatistischer Daten die Hochschulentwicklung der Bundesrepublik Deutschland von den 1950er Jahren bis in die Gegenwart. Im II. Abschnitt entwickelt er eine „Theorie der Hochschulpolitik“, wobei er hochschulpolitische Konzepte anhand von Ansätzen der liberalen Ökonomie zu unterscheiden sucht. Dabei untersucht er Theorien von verschiedenen Vertretern des ökonomischen Liberalismus, von Adam Smith, über John Stuart Mill bis hin zu Milton Friedman und Friedrich August von Hayek, indem er den bildungs- und hochschulpolitischen Implikationen dieser Theorien bezüglich des Verhältnisses von Staat und Bildungs- bzw. Hochschulsystem nachgeht. Im III. Abschnitt wendet sich der Autor der „Großen Wissenschaftsreform“ zu, deren „Umsetzung“ er ausgehend vom europäischen Kontext in Deutschland analysiert. Dabei werden ihre Grundannahmen und Rahmenbedingungen behandelt, sowie die Ansätze zur Reform der Studiengänge und -abschlüsse, der Hochschulfinanzierung, sowie des Besoldungs- und Dienstrechtes diskutiert. Ausgehend von einer Kritik der Reformkonzepte entwirft der Autor abschließend im IV. Abschnitt ein „alternatives Modell“ der Hochschulreform.

Die zentrale Perspektive, die der Autor seiner Untersuchung zugrundelegt – es geht ihm um eine „ökonomische Theorie der Hochschulpolitik“ –, wird im theoriegeschichtlichen Teil zur liberalen Ökonomie entwickelt (Abschnitt II, S. 45ff.). Dabei stützt er sich insbesondere auf die von Mill zu Hayek verlaufende theoriegeschichtliche Linie, die Bildung und Forschung als „meritorische Güter“ konzipiert. Demnach müsse der Staat für die Bereitstellung von Bildungs- und Forschungsleistungen sorgen, da der Markt nicht in der Lage sei, eine gesellschaftlich wünschenswerte Allokation dieser Güter herbeizuführen.

Vor diesem Hintergrund interpretiert der Autor die gegenwärtigen Hochschulreformansätze: Sie setzen demnach auf einen Rückzug des

Staates aus dem Hochschulbereich und berufen sich dabei auf den Liberalismus. Dabei nehmen sie diesen aber gleichsam nur zur Hälfte wahr, die Argumente von Mills und Hayek finden keine Berücksichtigung in der Reformdebatte. Im Mittelpunkt der Reformbemühungen stehen hingegen Möglichkeiten der Kosteneinsparung „durch Rationalisierung im Zusammenhang mit Organisationsveränderungen und Privatisierung von bestimmten Leistungsbereichen der Hochschulen“ (S. 9). Die Folge sei: „Bildung und Wissenschaft werden nicht mehr unter den Aspekten gesellschaftlicher Relevanz behandelt“, sondern unter ökonomischen Verwertungsgesichtspunkten. Die hochschulpolitischen Zielsetzungen „reduzieren sich auf die Optimierung von Input/Output-Relationen entsprechend vorgegebener quantitativer Kennziffern“ (S. 153); so fasst der Autor seine Interpretation der Reformkonzepte zusammen. Der Rückzug des Staates hat demnach zur Folge, dass Bildung und Wissenschaft an den Hochschulen, so die Argumentation von Schramm, einer fremden Form der Rationalität – der ökonomischen – unterworfen werden. Der Autor zieht daraus den Schluss, dass der Staat wieder stärker ins Spiel zu bringen sei, wenn es um Entscheidungen zur Entwicklung der Hochschulen und des Hochschulsystems gehe. Für den Staat bestehe die Aufgabe, „nicht nur als Financier der Universitäten zu wirken, sondern als Koordinator und Normsetzer“ (S. 171). Die staatlichen Vorgaben hätten sich dabei an zwei „Grundvorstellungen“ zu orientieren: einerseits am „gesellschaftlichen Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften“ (S. 12; S. 157), andererseits an den Normen der Wissenschaftsfreiheit. Dies sei zu erreichen erstens mit einer „dynamischen Hochschulpolitik“, die die Studiengänge nach dem Bedarf an Absolventen entwickle (S. 158ff.). Zweitens gehe es um die Durchsetzung der Prinzipien von „Pluralismus und Freiheit“ (S. 159ff.). Damit meint der Autor offenbar, dass der Staat die Operationsgrundlagen zu garantieren hätte, die der Wissenschaft immanent sind. Drittens gehe es um eine Differenzierung zwischen Universitäten und Fachhochschulen, die „sowohl den Bedarf an akademisch geschulten Arbeitskräften, wie auch an Wissenschaftlern“ befriedige (S. 172ff.).

Einerseits kann man der Kritik des Autors an einem Reformkonzept nur zustimmen, das die Hochschulen als ökonomisch optimierbare Trivialmaschinen behandelt. Andererseits sieht sich das vom Autor vorgeschlagene Reformmodell mindestens mit der Frage konfrontiert, wie eine am vermeintlichen „Qualifikationsbedarf“ ausgerichtete staatliche Steue-

nung der Hochschulen mit dem durch die Verfassung garantierten liberalen Bürgerrecht auf Bildung zu vereinbaren ist.

Manfred Stock (Wittenberg)

Steffani Engler: „In Einsamkeit und Freiheit“? Zur Konstruktion der wissenschaftlichen Persönlichkeit auf dem Weg zur Professur. UVK, Konstanz 2001. 488 Seiten, ISBN 3-89669-809-5, €39,-

Steffani Engler fragt in ihrer soziologischen Habilitationsschrift, was das Konzept ‚Persönlichkeit‘ für das Funktionieren von Wissenschaft bedeutet. Die ‚wissenschaftliche Persönlichkeit‘ könne nicht einfach als gegeben vorausgesetzt werden. „Vielmehr ist anzunehmen, dass es sich hierbei um ein soziales Konstrukt handelt, das im Geschehen der Wissenschaft, im Alltag entworfen wird und entsteht.“ (S. 15) Diese Ausgangsthese bearbeitet Engler in drei vor allem quantitativ ungleichgewichtigen Teilen.

Im ersten Teil entwickelt die Autorin in vier Kapiteln den theoretischen und methodologischen Rahmen für ihre empirische Untersuchung. Zunächst kritisiert sie im ersten Kapitel zwei prominente Richtungen der sozialwissenschaftlichen Biographieforschung: Das Verfahren des narrativen Interviews von Fritz Schütze setze immer schon ein autonomes ‚Ich‘ – des Beforschten und des Forschenden ‚Subjekts‘ – selbstverständlich voraus und konstruiere den gewonnenen Text als Leben. Die diese Richtung zurückweisende literaturtheoretisch argumentierende Strömung bringe hingegen die sprachliche Verfasstheit von Biographien und Lebensgeschichten ins Spiel und produziere einen Text ohne Leben. Beide Ansätze hinterließen eine Lücke zwischen dem befragten ‚Subjekt‘ und der ‚Sozialstruktur‘.

Engler plädiert im zweiten Kapitel mit Pierre Bourdieu für einen Abschied von dieser dualistischen Sichtweise. In Bourdieus Theorie der Praxis würde das ‚Subjekt‘ durch ‚AkteurInnen‘ ersetzt, die im Handeln ihre Subjektivität erst herstellten, Konstruktionsarbeit leisteten und ihre gesellschaftliche Praxis interpretierten. So betrachtet ist das Ich eine Folge sozialen Handelns und eine Konstruktion von AkteurInnen. Aufgabe der vorliegenden berufsbiographischen Analyse sei es, diesen Prozess am